

Barbara Unmüßig, Vorstand

„Geschlechterpolitik macht einen Unterschied“

Zur Zukunft von feministischer und geschlechterdemokratischer Politik in der Heinrich Böll Stiftung

Einleitung

Geschlechterpolitik und feministische Analysen und Strategien haben in der Heinrich Böll Stiftung einen festen Platz und einen zentralen Stellenwert in der Aus- und Inlandsarbeit, in der Studienförderung und der gesamten Organisationsentwicklung.

Geschlechterpolitik ist eines ihrer wichtigsten politischen Markenzeichen. In der Organisationsentwicklung ist die Stiftung Vorreiterin und Vorbild für viele andere Organisationen geworden.

„...[auf die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie in der Heinrich Böll Stiftung] sind wir stolz, denn diese Strukturen dürften kaum in einer anderen gemischten Organisation zu finden sein. Aber für uns gibt es keinen Grund, den weiteren Prozess der Stiftungsentwicklung sich selbst zu überlassen.“

Diese Aussage von Gunda Werner – eine Vordenkerin für das Leitbild Geschlechterdemokratie in der Heinrich Böll Stiftung - aus dem Jahr 1999 ist das Motto eines gründlichen Nachdenkens über unsere Strategien und politischen Schwerpunkte der Geschlechterpolitik sowie über deren institutionelle Verankerung in der Heinrich Böll Stiftung.

Es ist fester Teil unserer politischen Kultur auszuloten, ob unsere geschlechterpolitische Orientierung angesichts neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Herausforderungen auf dem richtigen Weg ist. Beeinflussen wir den geschlechterpolitischen Diskurs? Sind wir als politische Stiftung in der Lage geschlechterpolitische Impulse für mehr Geschlechtergerechtigkeit zu geben – weltweit? Und schließlich: Wie realisieren wir unser Leitbild Geschlechterdemokratie in der eigenen Organisation, in der Unternehmenskultur?

Zur Beantwortung dieser Fragen haben wir uns vor allem im letzten Jahr uns auf den Weg gemacht, viele Diskussionen geführt und einige wichtige Veränderungen vorgenommen: Wir haben die beiden bislang getrennt arbeitenden Einheiten „*Stabsstelle Geschlechterdemokratie*“ und das „*Feministische Institut*“ werden zu einer gemeinsamen Organisations- und Arbeitseinheit zusammengefasst. Damit wollen wir politisch noch schlagkräftiger werden. Das Spannungsverhältnis zwischen Feminismus und Geschlechterdemokratie wollen wir gemeinsam produktiv bearbeiten. Das neu gegründete *Gunda Werner Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie* (GWI) will für die politische Bildungsarbeit im Inland in einigen ausgewählten Schwerpunktthemen zeigen, dass es einen großen Unterschied macht, politische Themen aus einer geschlechterpolitischen Perspektive zu betrachten und Impulse für politisches Handeln zu geben.

Gleichzeitig hat die Heinrich Böll Stiftung in mehreren Schritten ihre Gleichstellungs-, Gleichberechtigungs – und Frauenförderpolitik in der Auslandsarbeit einer umfassenden Bestandsaufnahme unterzogen und auf einem Strategieworkshop der Auslandabteilung neue thematische Weichen für die Zukunft gestellt.

Mit diesem Grundsatzpapier wollen wir uns

erstens mit den geschlechterpolitischen Herausforderungen der Zukunft für die In- und Auslandsarbeit auseinandersetzen und unser Selbstverständnis bzw. unser Leitbild Geschlechterdemokratie erneuern.

Zweitens wollen wir unsere programmatische Ausrichtung klarer fassen, Ziele und Aufgaben definieren und uns auf Begriffe und Instrumente geschlechterdemokratischer Politik verständigen.

Der Vorstand hat „Programmatische Leitlinien“ verabschiedet und Geschlechterpolitik sowohl als Gemeinschaftsaufgabe als auch als eigenständige Thematik definiert. Dies gilt es in der In- und Auslandsarbeit, in der Studienförderung und der Organisationsentwicklung mit konkreter Programmatik und entsprechenden finanziellen und personellen Ressourcen zu unterfüttern.

Das vorliegende Grundsatzpapier ist wie kein anderes strategisches Papier der Heinrich Böll Stiftung in den verschiedenen Entwurfsstadien mit den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen nahezu aller Abteilungen der Stiftung sowie mit den ehrenamtlichen Gremien der Stiftung (Aufsichtsrat, Frauenrat, Mitgliederversammlung, Fachbeirat Nord Süd und FB Studienwerk sowie dem Forum Männer) intensiv diskutiert worden. Die meisten, wenn auch nicht alle der vielen Anregungen und Ergänzungen wurden in diese Schlussfassung des Grundsatzpapiers zur Zukunft feministischer und geschlechterdemokratischer Politik in der Heinrich Böll Stiftung aufgenommen. An alle geht ein herzliches Dankeschön!

A. Die geschlechterpolitischen Herausforderungen

II. Frauenpolitische Erfolge und ...

Durch politische Prozesse und ökonomische Umwälzungen sind die Geschlechterverhältnisse in Bewegung geraten. In der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und weltweit sind durch den Einfluss von Frauenbewegungen sowie feministischer Theorie und Praxis gesellschaftspolitische Verhältnisse und die rechtliche Gleichstellung von Frauen vorangebracht worden.

Die „Verstaatlichung“ von Frauenpolitik hat seit den 80er Jahren eine Fülle von Gesetzen, Verordnungen, UN-Resolutionen, supranationalen (EU) und nationalen Politiken in der Mehrzahl aller Länder angestoßen, die alle die Gleichstellung der Geschlechter zum Ziel haben.

Diese politischen und gesellschaftlichen Umbrüche sowie die ökonomische und kulturelle Umwälzung durch Globalisierungsprozesse haben überall eine Vielzahl an Lebens- und Arbeitsformen hervorgebracht.

So haben sich Frauen weltweit Terrain auf wirtschaftlicher wie politischer Ebene erobert. Sie haben auf den Erwerbsmärkten einen riesigen Sprung vollzogen: 40 % aller Erwerbstätigen weltweit sind heute weiblich - vor 30 Jahren waren es nur halb so viele. Große Gleichstellungsfortschritte sind ebenfalls im Bildungsbereich zu verbuchen. Durch zivilgesellschaftliche und staatliche Initiativen für mehr Gleichstellung der Frauen hat sich auch die rechtliche Situation verbessert.

Ein internationaler geschlechterpolitischer Meilenstein war zweifellos die Pekinger Aktionsplattform der Weltfrauenkonferenz 1995. Mit ihr wurde die Kategorie Gender erstmals in die internationale Politik eingeführt. Damit wurde anerkannt, dass Geschlechterrollen und -verhältnisse in soziale, politische, ökonomische und kulturelle Kontexte eingebettet und damit auch veränderbar sind.

Mit dem Instrument des *Gender Mainstreaming* – als strategischer Ansatz in der Aktionsplattform von Peking verankert – sollen staatliche Institutionen, internationale Organisationen und Unternehmen stereotype Geschlechterrollen im privaten wie im öffentlichen Raum hinterfragen und im emanzipatorischen Sinne verändern. Neu war, dass Gender Mainstreaming explizit die Dynamik zwischen den Geschlechtern in den Blick nehmen möchte. Der Abbau von Ungleichheit und undemokratischen Verhältnissen zwischen den Geschlechtern soll deshalb nicht ausschließlich Frauen- sondern auch Männersache und eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe sein. Männer werden damit erstmals als Akteure der Geschlechterpolitik adressiert. Das ist als Neuerung, wenn auch noch lange nicht als Durchbruch zu werten. Die Umsetzung des Instrumentes Gender Mainstreaming mit dieser ursprünglichen radikalen Absicht wird politisch und finanziell häufig blockiert, nicht ernst genommen oder technokratisch verkürzt praktiziert. Sein geschlechterpolitisches Potenzial jedenfalls konnte es bislang in keiner Gesellschaft voll entfalten.

3. Frauen- und geschlechterpolitische Herausforderungen

Verglichen mit der Situation von Frauen noch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat sich nahezu eine revolutionäre Transformation vollzogen. Den unbestrittenen Fortschritten gegenüber steht, dass - national wie global gesehen - die Hierarchien, Machtunterschiede und Dominanzverhältnisse zwischen den Geschlechtern noch längst nicht abgebaut sind.

Diskriminierung, Benachteiligung und Gewalt sind nach wie vor in allen Regionen der Welt prägende Faktoren für die Lebenssituation von Millionen Frauen. Es gibt kaum ein internationales Dokument, keine internationale (Frauen-)Konferenz, die nicht bestätigt, dass sich die strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in vielen Gesellschaften eher verstärkt hat. Politisch sind Frauen immer noch von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Ihre rechtliche Situation ist prekär. Die ökonomischen Unterschiede zu Lasten von Frauen trotz Steigerung ihrer Erwerbsarbeit haben sich kaum verringert, u.a. weil sie zu einem sehr viel höheren Pro-

zentsatz in prekären und Teilzeitarbeitsverhältnissen sowie in unterbezahlten Branchen arbeiten als Männer. Allerdings sind auch Männer mehr denn je von Erwerbslosigkeit und Marginalisierung betroffen.

Kennzeichen dieser Situation sind z.B.

- die immer noch vorhandene geschlechterdifferenzierte und hierarchische Arbeitsteilung in vielen Bereichen des Wirtschaftslebens, der Politik, in der Wissenschaft, der Verwaltung und des Privatlebens;
- der ungleiche Zugang zu Ressourcen von Frauen (z.B. Bildung, Kommunikation, Gesundheitsvorsorge, ungleiche Verteilung öffentlicher Finanzen, Land, aber auch „natürlicher“ Ressourcen);
- Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern, vor allem die ungleiche Bezahlung für gleichwertige oder z.T. gleiche Arbeit. Europaweit liegen im Schnitt die Einkommen von Frauen 15 % unter denen der Männer, weltweit sind es bis zu 30 %;
- Frauen verbringen (weltweit) doppelt soviel Zeit wie Männer mit unbezahlten Sorge- und Reproduktionsarbeiten in Haushalten und Gemeinschaften. Als dominierendes Männerbild gilt, dass Männer von Sorge und Pflege ausgeschlossen und stattdessen für die Erwerbsarbeit hauptverantwortlich sind. An dieser geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung hat sich bislang wenig geändert;
- ungleiche Teilhabe an demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen und in der Wahrnehmung politischer Ämter in Parteien und Administration.
- Gewalt gegen Frauen. In 95 % der Fälle häuslicher Gewalt weltweit sind die Frauen Opfer. Migrantinnen sind in Deutschland und Europa besonders betroffen.
- Die Festschreibung von sexuellem Verhalten und Identitäten (z.B. über heterosexuelle Familienkonzepte) und der Diskriminierung sexueller Orientierung jenseits der heterosexuellen Norm.

Geschlechterpolitik ist so relevant und notwendig wie ehemals, auch wenn sich die gesellschaftlichen und soziokulturellen Kontexte verschoben haben. Geschlechterverhältnisse und -hierarchien sind eng verbunden mit politischen, sozialen und vor allem ökonomischen Transformationen. Auch wenn sich Macht- und Interessenskonstellationen stetig wandeln, bleiben gerade hierarchisierte Geschlechterarrangements tief in gesellschaftlichen Institutionen und Organisationen verwurzelt.

Gleichzeitig ist die Durchgängigkeit von Machtasymmetrien zwischen den Geschlechtern brüchig geworden. Sie differenzieren sich zwischen den Geschlechtern und innerhalb der jeweiligen Geschlechtergruppen aus. Eine schlichte Zweiteilung in mächtige Männer und ohnmächtige Frauen ist längst an ihre Grenzen gestoßen.

Strategische und politische Ansätze für die Ziele Geschlechterdemokratie und Geschlechtergerechtigkeit müssen die komplizierten Wechselbeziehungen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft immer wieder neu in Bezug zu den Geschlechterverhältnissen setzen und die diversen und zum Teil widersprüchlichen Konstellationen analysieren. Gleichzeitig – das ist der Anspruch der Heinrich Böll Stiftung - müssen politische Strategien auch klare Positionen gegen eindeutige Macht- und Ausbeutungsstrukturen beziehen und aus dieser Perspektive zugunsten einer Geschlechtergruppe politische Initiativen ergreifen (d.h. zum Beispiel sich für die Rechte Homosexueller einsetzen oder ausschließlich Frauen in ihrer Selbstorganisation stärken).

Trotz ähnlicher Strukturmerkmale müssen für jede Gesellschaft mit ihrem jeweiligen kulturellen, sozioökonomischen und politischen Kontext eigene Schwerpunkte und Strategien identifiziert werden.

ziert werden. Dies setzt gründliche Analysen der geschlechterpolitischen Situation vor Ort voraus und stellt die Stiftung vor die Aufgabe auch entsprechende Analysemethoden zu befördern.

IV. Zur Relevanz von Geschlechterpolitik in Deutschland: zwischen „Back lash“ und neuem Feminismus

Lange galten in Deutschland die Themen Feminismus und Geschlechterdemokratie als altmodisch und überflüssig. Die subjektive Wahrnehmung - gerade junge Frauen sind ohne nennenswerte Diskriminierungserfahrungen aufgewachsen – prägt diese Perzeption. Gleichstellungspolitische oder gar feministische Ansätze galten lange als überholt und peinlich. Unbestritten ist: Für Mädchen und junge Frauen sind selbstbestimmte Lebensentwürfe, die z.B. Beruf und Familie bzw. das Privatleben miteinander vereinbaren, selbstverständlicher geworden. Auch Jungen und Männer wenden sich verstärkt anderen als den traditionellen sozialen Rollenzuschreibungen und Leitbildern zu. Und die Emanzipation von traditionellen Rollen ist auch ein wesentliches Element der Individualisierung unserer Gesellschaft und der Differenzierung von Lebensstilen geworden. All dies spiegelt sich in Haltungen von (jungen) Männern und Frauen - vor allem in westlichen Gesellschaften und in der globalen Mittelklasse.

Auch GeschlechterforscherInnen¹ argumentieren in eine ähnlich Richtung: In der Moderne löse sich das spezifisch hierarchisch organisierte Geschlechterverhältnis zunehmend von innen her auf, da es seine normative Basis - die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung – verliere. Damit habe der Feminismus seine historische Aufgabe erledigt, seine Ziele erreicht und werde nicht länger gebraucht.

Seit einiger Zeit kehren jedoch Feminismus und Geschlechtergerechtigkeit als Themen zurück auf die politische und diskursive Bühne. Es wird wieder öffentlich gestritten, was Geschlechtergerechtigkeit heißen könnte. Plötzlich war es da das Nachdenken, warum wir gerade im europäischen Vergleich so schlecht Abschneiden bei der Erwerbsarbeit von Frauen, bei ihrer mangelnden Repräsentanz auf Vorstandsetagen und bei den Top-Jobs der Universitäten. Diese als Modernisierungsdefizite erkannten Probleme finden nun ihre Resonanz in der Tagespolitik und in den Medien.

In der Debatte um eine neue Familienpolitik erfahren nun auch geschlechterpolitische Aspekte ihre Berücksichtigung. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll sich an beide Geschlechter richten. Es ist das Verdienst der Familienministerin von der Leyen, das sie wie selten zuvor auch das Rollenbild von Männern in die öffentliche Debatte zu bringen versucht. Elterngeld, Krippenplätze, Ganztagschulen, all das löst(e) nicht nur in den konservativen und religiösen Milieus und innerhalb der christdemokratischen Parteien eine heftige Debatte um Geschlechterrollen aus.

Die Kontroverse ist in der ganzen Gesellschaft angekommen. Ihre Bandbreite reicht mittlerweile vom Ruf nach einem „neuen Feminismus“ (DIE ZEIT) oder nach einem „konservativen Feminismus“ (Ursula von der Leyen) bis zum „zurück zum Herd“. Längst ist die Diskussion auch voller antifeministischer Rhetorik und Polemik. So versuchen FAZ und Spiegel mit Häme, Unterstellungen und ideologischen Aussagen aus der Mottenkiste emanzipatorische Fortschritte der letzten Jahre zu desavouieren und in eine längst überholte frauenkämpferische und damit gleichzeitig männerfeindliche Ecke zustellen. Hier werden diffuse Ängste mobilisiert und gezielt Aggressionen geschürt. Offensichtlich sollen tradierte Vorstellungen von Männlichkeit behauptet werden. Manche Polemik geht sogar soweit zu behaupten, der neue Feminismus und auch die neue Familienpolitik der Bundesregierung mache den Männern das wahrhafte Mannsein und den Frauen das wahre Frausein unmöglich. Solche Beiträge entziehen sich jeder differenzierten Auseinandersetzung um zukünftige Aufgabenfelder von Geschlechterpolitik.

¹ Siehe Sabine Hark: „Dissidente Partizipation - Eine Diskursgeschichte des Feminismus“, Frankfurt 2006.

Jenseits der öffentlichen Diskussionen müssen wir uns damit befassen, was in Deutschland real-politisch auf den Weg für mehr Geschlechtergerechtigkeit gebracht? Welche politischen Initiativen seitens der Bundesregierung gibt es, um Diskriminierung, Ungleichheit und stereotype Geschlechterkonstruktionen abzubauen? Wie sieht der „neue Feminismus“ konservativer Prägung aus?

- Gleichstellungspolitische Ansätze generell auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ausgerichtet und damit der Familienpolitik untergeordnet oder werden ganz durch sie ersetzt. Exemplarisch ist hierfür das Elterngeld. Zwar bezieht es – immerhin – auch Männer/Väter als Zielgruppe ein, zielt einerseits auf die optimale Nutzung der qualifizierten männlichen wie weiblichen Arbeitskräfte, andererseits auf Steigerung der Geburtenrate in der deutschen Bildungsbürgerschicht.
- Frauenförderpolitik ist öffentlich kaum noch sichtbar oder konzentriert sich weitgehend auf weibliche Karriereförderung. Finanzmittel auf Bundes- und EU-Ebene für Frauenförderung werden gekürzt oder ganz zusammen gestrichen.
- Gesetzliche Initiativen gegen Lohndiskriminierung von Frauen, ein Gleichstellungsgesetz für die Wirtschaft oder für einen ehedatenunabhängigen Aufenthaltsstatus von Migrantinnen sind nicht in Sicht.
- Wegweisende Instrumente wie das *Gender Mainstreaming*, die das Potenzial haben, politische Initiativen und Maßnahmen in allen Institutionen und Organisationen am Ziel Geschlechtergerechtigkeit auszurichten und im Amsterdamer Vertrag verankert sind, werden nun von der Bundesregierung wieder auf „Gleichstellungspolitik als präventiv ausgerichtetes Vorgehen“ reduziert.
- Konzepte oder politische Kampagnen, die die überholte Geschlechterordnung, die sozialen Zuschreibungen von „männlich“ und „weiblich“ und die damit zusammenhängende gesellschaftliche Werteskala und Rangordnung grundlegend verändern könnten, bleiben auf der Strecke bzw. wurden im Regierungshandeln nie mitgedacht.
- Verbindliche politische Vorgaben wie Quoten und erst recht strukturpolitische Maßnahmen, die auf Auflösung der ökonomischen und emotionalen Abhängigkeitsverhältnisse in Partnerschaften und damit auf eigenständige Existenzsicherung der Individuen abzielen, haben kaum Chancen. Im Gegenteil konservieren sozial- und steuerpolitische Vorgaben weiterhin das traditionelle Ehe- und Familienmodell, wie z.B. die Versorgungspflicht der Ehegatten von ALG II-EmpfängerInnen und das Ehegattensplitting, das allenfalls im Sinne der neu propagierten Familienideologie zu einem Familiensplitting wird.
- Zu Geschlechterpolitik gehört eine aktive Auseinandersetzung mit der Geschlechterrolle von Jungen und Männern. Längst ist deutlich, dass auch Jungen und Männer negativ von einer geschlechterblinden Bildungs-, Gesundheits- oder Arbeitsmarktpolitik betroffen sind. Gewalt (Täter und Opfer), Vandalismus, Sucht, Kriminalität sind laut Statistiken männlich dominiert. Sich mit der „Krise der Männlichkeit“ aktiv auseinanderzusetzen, erfordert insgesamt einen geschlechtersensiblen politischen Perspektivwechsel und vor allem auch männliche Vorbilder, die sich des Themas in der politischen und öffentlichen Sphäre annehmen.
- Zu Geschlechterpolitik gehören Familienkonzepte, die homosexuellen Familienkonstellationen die gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung und Gleichstellung garantieren.

Die hier skizzierten Herausforderungen und Handlungsfelder einer zukunftsorientierten Geschlechterpolitik werden von der Bundesregierung weit gehend ignoriert. Die Verzahnung familienpolitischer Instrumente mit gleichstellungspolitischen Zielen wird die Modernisierungsdefizite für unsere Wirtschaft (mehr Erwerbsarbeit für Frauen) und die demografischen Probleme der Zukunft verbessern helfen. Diese „Effizienzziele“ werden auch den einzelnen Frauen und Män-

nern durchaus nützlich sein. Klar ist aber auch, dass die jetzige Politik der Bundesregierung keine Rezepte für mehr Gerechtigkeit für den Teil der Bevölkerung hat, der marginalisiert und ausgegrenzt wird und weiterhin rechtlicher und tarifpolitischer Diskriminierung ausgesetzt ist. Und das betrifft auch in unserer Gesellschaft immer noch mehrheitlich Frauen. Empowerment-Ansätze für „schwache“ Frauen, Mädchen, Männer und Jungs, spezielle Förderung von Frauen, Mädchen und Jungs werden immer weiter zurück gedrängt, zugunsten einer **Politik für die Wenigen**, die gut für unsere weltwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit gebraucht werden und leichter ins unsere Gesellschaft integriert werden können. Der „neue Feminismus“ oder der „konservative Feminismus“ wird deshalb auch als „bürgerlicher Spartenfeminismus“ kritisiert, der alle anderen Probleme wie Geschlechter diskriminierende Arbeitsteilung, Gewalt, Sexismus und Rassismus, rechtlicher und politischer Ausschluss gar nicht mehr ins Blickfeld nehme.

Die Geschlechterpolitik der Heinrich Böll Stiftung setzt mit ihrem Leitbild Geschlechterdemokratie (siehe unten) auf ein Konzept, das den verschiedenen Lebenswirklichkeiten von Frauen und Männer weltweit gerecht zu werden versucht, Macht- und Herrschaftsverhältnisse zwischen den Geschlechtern abbauen und Menschenrechte für beide Geschlechter zur Realität verhelfen will.

V. Zur Relevanz von Geschlechterpolitik weltweit

UN-Generalsekretär Kofi Annan stellte 2002 bei der Präsentation des „UN-Berichts über Frauen, Frieden und Sicherheit“ fest: „Frauen haben in keiner Gesellschaft den gleichen Status wie Männer“. Nur: selbst die UNO ist nicht in der Lage, dieser Tatsache massiv entgegenzuwirken, weder innerorganisatorisch noch politisch. Deutliches Beispiel dafür sind gerade die in frauenpolitischer Hinsicht unzureichenden Millenniumsentwicklungsziele (MDG). Sie fallen weit hinter die politischen Forderungen der Pekinger Aktionsplattform zurück. Auch in den Vorschlägen zur UN-Reform finden sich wenige programmatische Ansätze, wie Geschlechterpolitik auf internationaler Ebene neue Impulse erfahren könnte.

Seitens der UN gibt es derzeit keine Initiative, kein einziges zukunftsorientiertes Referenzprojekt, auf das sich internationale Frauenorganisationen oder geschlechterpolitisch aktive Netzwerke positiv beziehen könn(t)en, wie dies z.B. mit den UN-Frauenkonferenzen seit den 70er Jahren bis Peking 1995 der Fall war. Auf UN-Ebene geht es vielmehr darum, den Status Quo gegenüber den Angriffen aus dem politisch neo-konservativen Lager und von Seiten fundamental-religiöser Netzwerke und Organisationen zu verteidigen.

Von internationaler Seite sind in absehbarer Zeit keine größeren geschlechterpolitischen Impulse in Richtung Gleichstellung zu erwarten. Für die Institutionalisierung von Frauen(rechts)politik und für mehr politische und wirtschaftliche Partizipation sind und bleiben die von den Regierungen der Welt unterzeichneten Dokumente, wie die Aktionsplattform von Peking, die Antidiskriminierungskonvention CEDAW oder die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 wichtige Referenzpunkte, auf die sich die Heinrich Böll Stiftung auch in Zukunft mit ihren PartnerInnen und Netzwerken regional und überregional beziehen wird.

1. Demokratie- und Geschlechterpolitik

Die Gleichberechtigung der Geschlechter durch entsprechendes Recht setzende Rahmenbedingungen sowie die weitere Institutionalisierung von Geschlechterpolitik voranzutreiben, bleibt zentrales Handlungsfeld der Heinrich Böll Stiftung in der Auslandsarbeit. Sie sind **integraler Bestandteil unserer Demokratiearbeit**.

- **Institutionalisierung von Frauen- und Geschlechterpolitik:** Die Verabschiedung von nationalen Gesetzen und die Ratifizierung von Konventionen haben die Voraussetzungen für die rechtliche Gleichstellung von Frauen und die Umsetzung von Menschenrechten verbessert. In vielen Ländern ist das Prinzip des Gendermainstreamings eingeführt worden. Damit hat de jure die Gleichheit für Frauen weltweit zwar zugenommen, sie ist aber bei weitem noch nicht abgeschlossen. Außerdem wird weltweit die große Kluft zwischen gesetzlichen Rahmenbedingungen und deren Umsetzung beklagt. Deshalb müs-

sen die politischen und administrativen Umsetzungskapazitäten in Parlamenten und der Verwaltung auf allen Ebenen gestärkt werden. Die politische, ökonomische und gesellschaftliche Partizipation von Frauen zu verbessern, ist in vielen Ländern mit Hilfe positiver Diskriminierungsmaßnahmen gelungen ((Quoten für Parteien, Parlamente, Wirtschaft, Universitäten. Das Ziel der Peking-Plattform, eine kritische Masse von mindestens 30 Prozent Frauen in politischen Entscheidungsstrukturen zu bringen, ist jedoch bei weitem noch nicht erreicht und bleibt eine Aufgabe. Dem offenen und latenten Widerstand gegen Frauenrechte, der tief in vielen Gesellschaften verwurzelt ist, brauchen öffentliche und politische Kampagnen.

- Besonderer Diskriminierung sind Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LGBT) ausgesetzt: In ca. 85 Staaten ist Homosexualität strafrechtlich verboten, in 9 Staaten droht sogar die Todesstrafe. Weltweit werden Transsexuelle mit Gewalt und willkürlicher Haft verfolgt und in die sexuellen Geschlechterschablonen zu drängen versucht. Die Verweigerung von Grundrechten und Alltagsdiskriminierung ist selbst in europäischen Staaten an der Tagesordnung. In Zusammenarbeit mit den vielerorts existierenden LGBT Projekten im In- und Ausland braucht es Kampagnen und politische Initiativen gegen die Verfolgung und systematische Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgender. In vielen Ländern ist die Heinrich Böll Stiftung oft die einzige ausländische Organisation, die diese Kampagnen und Netzwerke unterstützt.
- **Religion, Gleichberechtigung und Politik:** Eine besondere Herausforderung für die Umsetzung von Gleichberechtigung und Menschenrechten ist das Erstarken religiöser Bewegungen und Politik. Die Parallelität verschiedener Rechtssysteme - modernes Recht, religiöses Recht und traditionelles Recht – wirkt sich vor allem auf die Rechtssituation von Frauen negativ aus, da z. B. im Ehe- und Familienrecht in vielen Ländern nach religiösem Recht praktiziert wird. Gemeinsam ist derart religiös geprägten Rechtssystemen die rigide Zuschreibung von Geschlechterrollen und geschlechtlichen Identitäten, denen beide Geschlechter „ausgeliefert“ sind.

Vorrang sollte ein säkulares Ehe- und Familienrecht für staatliches Handeln haben, die die Gleichberechtigung der Geschlechter zur Grundlage hat. Im religiös-rechtlichen Kontext gibt es allerdings auch zahlreiche muslimische, christliche oder jüdische moderate Geistliche, vor allem aber Frauenrechtlerinnen, die für eine emanzipatorische und feministische Auslegung religiösen Rechts plädieren, um aus ihrer Sicht Religion, Gleichstellung und Feminismus miteinander in Einklang zu bringen. Lokal und regional verankerte Ansätze der Reform bzw. des Umbaus von traditionellem und/oder religiösem Recht kann auch ein Anknüpfungspunkt für politische Interventionen zugunsten von mehr Frauenrechten bieten. Herausforderung wird dabei u.a. sein, die Grenzen religiöser-kultureller Freiheit auszuloten und in eine Beziehung zu den Persönlichkeitsrechten des Individuums zu setzen. Verhütungsverbot, Verhüllungszwang, männliche Verteidigung von Familienehre, Zwangsheirat, genitale Verstümmelungen und Beschneidungen markieren eindeutig religiöse und kulturelle Grenzen, die die Persönlichkeitsrechte von Frauen und Männern verletzen.

Die Heinrich Böll Stiftung wird sich mit dem Wechselverhältnis von Religion, Politik und den Geschlechterverhältnissen intensiver als bislang auseinandersetzen und entsprechende Regionen und Religionen übergreifende Analysen befördern.

2. Geschlechterpolitik und Ökonomie

Ökonomische Globalisierungsprozesse haben mit ihren Ungleichzeitigen und Brüchen sehr verschiedene und oft gegenläufige Auswirkungen auf Frauen und Männer. Sie verändern Sozialsysteme, Kulturen und Ökonomien in unterschiedlicher Weise. Frauen haben einerseits einen viel größeren Zugang zu Jobs als jemals zuvor. Dies bietet neue Freiheiten und mehr Selbstbestimmung. Gleichzeitig stellen Frauen weltweit mit 60 Prozent das Gros der Working Poor. Auf der anderen Seite sehen sich Männer durch die zunehmende Prekarisierung von Erwerbsarbeit zutiefst in ihrem Selbstverständnis erschüttert.

Migration wird weiblich: Frauen suchen mehr denn je auf den globalen Märkten nach neuen Formen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Migration - bislang eher eine männliche Domäne – ist längst weiblich. Weltweit stellen Frauen heute die Hälfte der 180 Mio. Migrierenden. Und sie suchen Arbeit nicht nur im Sorgebereich, sondern in der Erwerbsarbeit. Hier bieten vor allem die transnationalen Konzerne und ihre Zulieferer Arbeitsplätze zu geringstem Lohn und oft menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen.

Neuverteilung der Sorgearbeit: Geschlechterungleichheit besteht nicht nur in der Erwerbsarbeit, sondern auch in der Sorgearbeit weiter. Sie wird weitgehend unbezahlt von Frauen geleistet, u.a. weil sie nicht mit dem dominierenden Männerbild in Einklang zu bringen zu sein scheint.

Frauen und Männer lösen das Vereinbarkeitsproblem durch die Beschäftigung niedrig entlohnter Putzhilfen, Kindermädchen, Altenpflegerinnen - häufig Migrantinnen. Die Neuverteilung von Sorgearbeit findet derzeit rund um den Erdball statt, aber nicht zwischen Männern und Frauen, sondern durch eine globale Versorgungskette zwischen sehr verschiedenen Frauen aus verschiedenen Ländern, sozialen Klassen, Kulturen.

Ökonomische Kompetenz stärken: Die Ambivalenz ökonomischer Globalisierungsprozesse auf Geschlechterverhältnisse zu verstehen und in politische und ökonomische Entscheidungsprozesse einzubringen, ist ein wichtiges Themenfeld für internationale Geschlechterpolitik. Analysen dazu sind immer noch eher Mangelware. Das Wissen um die geschlechterpolitischen Auswirkungen globaler ökonomischer Prozesse und politischer Entscheidungen – sei es in der Handels-, Arbeitsmarkt-, Finanz- der Investitionspolitik - zu vertiefen, ist ein wichtiges Handlungsfeld in der internationalen Arbeit der Heinrich Böll Stiftung. Wir möchten die Kapazitäten insbesondere von Frauen stärken, mehr Einfluss auf nationale wie internationale Entscheidungsprozesse zu nehmen. Dazu braucht es Kapazitäten und Netzwerke, die die Politik der Weltbank oder der Welthandelsorganisation (WTO) im Hinblick auf ihre Geschlechterwirkungen und Geschlechterpolitiken hin analysieren können. Ein Schlüsselprojekt ist die Durchführung regelmäßiger internationaler Summer Schools zum Oberthema „Engendering Macroeconomics“.

3. Frauen in der Friedenspolitik und Konfliktbearbeitung

Außen- und Sicherheitspolitik ist nach wie vor eine Männerdomäne. Selbst Konzepte der Konfliktprävention und Konfliktbearbeitung tun sich schwer, die Geschlechterdimension bei der Entstehung von Konflikten und ihrer Bearbeitung konsequent zu integrieren. Mit diesem thematischen Schwerpunkt geht es der Heinrich Böll Stiftung darum, die Geschlechterperspektive systematisch in alle Fragen zu „Krieg und Frieden“ zu integrieren. Ein ambitioniertes und sehr schwieriges Unterfangen. Erste Erfolge unserer langjährigen Arbeit sind jedoch zu verzeichnen.

- **UN-Resolution 1325:** Frauen sind Akteurinnen im Widerstand gegen Krieg und bewaffnete Konflikte, in der Konfliktbearbeitung und –prävention, auch wenn wir hier nicht einer Zuschreibung von Frauen als den friedliebenderen Menschen das Wort reden wollen. In frauenpolitischen und feministischen Netzwerken weltweit ist das Interesse an außen- und sicherheitspolitischen Themen und Konzepten in den letzten Jahren wieder gewachsen. Sie melden wieder lauter und vernehmbarer ihre Ansprüche an, in politischen Entscheidungen um Krieg und Frieden repräsentiert zu sein. In Krisen- und Konfliktregionen erheben Frauen ihre Stimme und fordern ihre Rechte auf politische Mitwirkung bei der Konfliktprävention, bei friedenserhaltenden Maßnahmen und in der Post-Konfliktbearbeitung.

Sie beziehen sich dabei auch auf die im Jahr 2000 verabschiedete UN-Resolution 1325. Diese Resolution ist ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer geschlechtersensibleren Friedens- und Sicherheitspolitik. Zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen hat der UN-Sicherheitsrat eine völkerrechtlich bindende Vorgabe zur Beteiligung von Frauen an Entscheidungen über Krieg und Frieden bzw. zu einer geschlechtersensiblen Sicherheitspolitik gemacht.

Feministische Netzwerke fordern nachdrücklich von den Regierungen, die Resolution 1325 umzusetzen, und entwickeln konkrete Aktionspläne, um die Vorgaben der Resolution auch tatsächlich in die Konzepte der Konfliktbearbeitung zu integrieren. Die Heinrich Böll Stiftung ist in der bundesdeutschen und EU-weiten Vernetzung eine Pionierin und Hauptakteurin und wird dies auf der globalen Ebene zum Beispiel durch entsprechende Fallbeispiele zur Umsetzung von 1325 auszubauen versuchen.

Geschlechterpolitik ist in allen Regionen für die Stiftung ein zentrales **Demokratie- und Gerechtigkeitsthema**. Neben Klima- und Energiepolitik ist Geschlechterpolitik ein herausragendes Schwerpunktthema unserer Regionalarbeit. Die Heinrich Böll Stiftung hat in der Auslandsarbeit anders als andere politische Stiftungen ein eindeutiges geschlechterpolitisches Profil, das es kontinuierlich zu stärken gilt.

B. Die Geschlechterpolitik der Heinrich Böll Stiftung

I. Das Leitbild Geschlechterdemokratie

Vor den oben skizzierten politischen, ökonomischen und kulturellen geschlechterpolitischen Herausforderungen ist das Leitbild Geschlechterdemokratie der Heinrich Böll Stiftung – verabschiedet bei der Neugründung der Heinrich Böll Stiftung - so aktuell wie ehemals. Es hat nichts an gesellschaftlicher Sprengkraft eingebüßt. Denn unser Leitbild von Geschlechterdemokratie fragt nach bestehenden rechtlichen, ökonomischen und gesellschaftlichen Diskriminierungen, Ungerechtigkeiten und Hierarchieverhältnissen. Dabei geht es uns nicht um Einebnung von Geschlechterdifferenzen, sondern um gleiche Rechte und Chancen für Verschiedene.

Stereotype Geschlechterrollen im Politischen wie Privaten zu hinterfragen und im emanzipatorischen Sinn zu verändern, ist die zentrale Aufgabe der Umsetzung des Leitbilds. Die Analyse der Geschlechterverhältnisse und der Geschlechterwirkungen politischer und unternehmerischer Entscheidungen sind ein entscheidendes Instrument auf dem Weg emanzipatorischer Gleichstellungspolitik.

Geschlechterdemokratie als visionäres Ziel bedeutet, dass

- eine Vielzahl von Leitbildern und Lebensentwürfen anerkannt und als gleichwertig betrachtet werden;
- die Zuweisung von sozialen Positionen, Arbeit, Einkommen und Macht nicht über das Geschlecht vermittelt erfolgt;
- patriarchale Strukturen und Machtverhältnisse im privaten wie im öffentlichen Raum überwunden sind;
- die Vielfalt von Geschlechteridentitäten, geschlechtlichen Ausdrucksformen und sexueller Orientierung rechtlich und gesellschaftlich anerkannt werden.

Dieses Leitbild ist als gesellschaftspolitische Vision und als Organisationsprinzip gleichermaßen zu verstehen. Geschlechterdemokratie ist ein normativer Begriff, der gleiche Rechte, gleiche Chancen, gleiche Zugänge von Männern und Frauen zu wirtschaftlichen Ressourcen und politischer Macht postuliert. Teilhabe ist die Voraussetzung für Veränderung und Transformation (geschlechter-)ungerechter Verhältnisse. Damit hat die Heinrich Böll Stiftung theoretisch gute Voraussetzungen geschaffen, ihre eigenen politischen Schwerpunkte und Handlungsfelder in der In- und Auslandsarbeit, in der Studienförderung, in der Personal- und Haushaltspolitik geschlechterpolitisch zu buchstabieren.

Geschlechterdemokratische und feministische Politik will ihrem Selbstverständnis nach alle Politikfelder nach ihren Wirkungen auf das Geschlechterverhältnis befragen und bearbeiten. In der Konsequenz verlangt Geschlechterdemokratie nicht weniger als die Umgestaltung all derjenigen gesellschaftlichen Strukturen, die die Ungerechtigkeiten und stereotype Leitbilder zwischen den Geschlechtern reproduzieren. Geschlechterdemokratie umzusetzen und mit Leben zu erfüllen, ist deshalb in der Heinrich Böll Stiftung

eine Gemeinschaftsaufgabe!

II. Aufgaben und Strategien für Geschlechterdemokratie

Die Skizzierung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Herausforderungen und Umbrüche, mit denen die gesamte politische Bildungsarbeit der Heinrich Böll Stiftung konfrontiert ist, macht deutlich, dass Geschlechterfragen und Geschlechtergleichstellungspolitiken nicht mehr aus der „Betroffenheitsperspektive“ und einheitlichen Interessen heraus alleine zu entwickeln sind, wie dies zu Hochzeiten der Frauenbewegung der Fall war. Deshalb müssen wir uns stär-

ker mit den Voraussetzungen geschlechterpolitischer Handelns und Einmischens beschäftigen.

Dazu gehört, viel offensiver als bisher die zahlreichen **Zielkonflikte zu benennen**, die sich aus unserer Eingebundenheit in gesellschaftliche, wirtschaftliche und technologische Entwicklungen ergeben. Die weibliche Bevölkerung ist mit dem Begriff „Frauen“ alleine kaum noch zu umspannen, ebenso wenig wie die männliche mit dem Ausdruck „Männer“. Was verbindet die alleinstehende Schulleiterin in München mit der philippinischen Haushaltshilfe, die für sie den Haushalt macht, um ihren Kindern in der Heimat die Schulbildung finanziell zu ermöglichen? Was verbindet die landlose Brasilianerin mit der Polizistin in Rio? Was hat der Hedgefondsmakler in London mit einem arbeitslosen Berliner oder einem afrikanischen Flüchtling in Marokko gemeinsam?

Diese Beispiele benennen (neue) Arbeitsteilungen und Spaltungen und verweisen darauf, dass die sozialen Zuschreibungen von „männlich“ und „weiblich“ nicht mehr selbstverständlich dem jeweiligen Geschlecht zuzuordnen sind.

Feministische wie jede emanzipative Geschlechterpolitik bedeutet, über Geschlechterdualität und geschlechtstypische Zuschreibungen hinaus zu gehen. Dazu gehört auch, die Analyse-kategorie „Gender“ mit anderen Unterscheidungsmerkmalen wie Schichtzugehörigkeit, ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung und religiöser Zugehörigkeit/Orientierung zu verschränken. Damit stellt sich die Frage nach dem Verständnis von Chancengleichheit anders bzw. immer wieder neu. Sie könnten Ansatzpunkte für alternative Modelle liefern, die (weiter) zu entwickeln sind. Deshalb muss die produktive Auseinandersetzung um das Verhältnis von **Geschlecht** und **Diversität** und ihre gegenseitige Verwobenheit fortgesetzt werden.

Geschlechterpolitische Einmischung: Geschlechterpolitik muss überall, um gesellschaftliche Zustimmung zu erreichen, konkrete, gesellschaftspolitisch relevante Themen und Zukunftsfragen aufgreifen, z. B. in der Gesundheitspolitik, beim demografischen Wandel, bei den sozialen Sicherungssystemen, in der Rechtspolitik, in der Bio- und Wissenspolitik, der Sicherheits- und Friedenspolitik, in der Arbeitsmarkt- und globalen Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie der Bildungspolitik. Diese politisch umkämpften Felder brauchen geschlechterpolitische und feministische Einmischung. Hier müssen Frauen und Männer ihren geschlechterpolitischen Gestaltungsanspruch anmelden und Alternativen aufzeigen.

Es ist ein Ziel der Arbeit der Heinrich Böll Stiftung entsprechend unserem Leitbild ein gesellschaftspolitisch breites Verständnis von Geschlechterpolitik zu verankern und die geschlechterpolitische Einmischung zu organisieren.

Dazu braucht es **Geschlechterkompetenz** und **neues Gender-Wissen**, damit Geschlechteraspekte in zukunftsrelevante Themen hinein geholt werden können. Wer den politischen Mainstream herausfordern und beeinflussen will, braucht zum einen geschlechtersensible Analysen. Zum anderen gesellschaftliche Bündnispartner und Netzwerke. Geschlechterpolitik mit dem Ziel der Geschlechterdemokratie ist ein gesellschaftlicher Aushandlungsprozess um Macht und Ressourcen. Dies setzt starke und interventionsfähige Netzwerke und Bündnisse zur Mobilisierung voraus.

Empowerment und Gendermainstreaming: Zum geschlechterpolitischen Grundverständnis der Heinrich Böll Stiftung in der In- und Auslandsarbeit gehört, dass sie mehrere und parallele strategische Ansätze verfolgt. Wir fördern und stärken – je nach politischer Analyse und geschlechterpolitischer Prioritätensetzung – frauenspezifische (und männerspezifische) politische Anliegen und Netzwerke, also das, was klassische **Empowermentstrategien** sind, ebenso wie geschlechterdemokratische und querschnittsorientierte Ansätze. **Gender Mainstreaming** ist dabei eine von mehreren Strategien, die wir seit längerem erfolgreich in der In- und Auslandsarbeit umsetzen. Unser eigenständiger geschlechterdemokratischer Ansatz zielt explizit darauf ab, beide Geschlechter in den Focus der politischen Bearbeitung von Geschlechterverhältnissen in verschiedenen Themenfeldern zu nehmen. Dabei wird die Stiftung auch in Zukunft immer wieder Neuland betreten und besondere Markenzeichen setzen. Mit „Ladies Lunch“ und dem „Forum Männer“ hat die Stiftung zwei Formate etabliert, die geschlechterspezifischen Austausch und Vernetzung bieten.

Allianzen schmieden: Zu unseren vielfältigen Strategien gehört es, klassische frauenpolitische sowie neue Allianzen zu schmieden und dabei vor allem neue AkteurInnen einzubeziehen. Gut ausgebildete Frauen, die ihre Aufstiegs- und Führungsansprüche in Unternehmen, in der Wissenschaft, in den Medien und staatlichen Institutionen immer lauter anmelden, suchen nach politischen Artikulationsmöglichkeiten. Diese Frauen gilt es viel stärker als bislang in politische Initiativen einzubinden, die vor allem die Rechte und Partizipationsmöglichkeiten weniger privilegiierter Frauen stärken wollen. Es braucht neue Formen der Solidarität mit den schwächeren, mit weniger Verhandlungsmacht ausgestatteten Frauen, wenn der neue Feminismus nicht nur den bürgerlichen Frauen in aller Welt zugute kommen soll.

Mit homosexuellen Aktivistinnen und Aktivisten sucht die Stiftung aktiv Bündnispartner vor allem im Süden, in einem politisch extrem schwierigen Umfeld.

Überall auf der Welt haben sich mittlerweile auch Männer in verschiedensten Funktionen auf den Weg gemacht, alte Geschlechterstereotype aufzubrechen und auf alte Privilegien zu verzichten. Sie als eigenständige Akteure im Geschlechterdiskurs zu begreifen und nicht als schlichte Erfüllungsgehilfen für Frauenpolitik, ist eine wichtige Voraussetzung für entsprechende Allianzbildung. Die Stiftung schafft bereits vielfältige Brücken für entsprechende „Genderdialoge“ und zukünftige Allianzen.

Außerdem gilt es die Geschlechterperspektive in gesellschaftspolitische, sektorspezifische und gemischtgeschlechtliche Organisationen und Netzwerke – sei es in der Sozialpolitik, in der internationalen Klimapolitik oder in die Arbeit sozialer Bewegungen hineinzutragen.

Transnationaler Strategie- und Erfahrungsaustausch u.a. zu Rechts- und Umsetzungsfragen, zu Globalisierung oder zur Bedeutung von Religion und Frauenrechten ist eine Aufgabe, der sich die Stiftung mit ihrem internationalen Netzwerk und ihrer PartnerInnenstruktur in besonderem Maße widmet.

III. Zum Verhältnis von Geschlechterdemokratie und Feminismus in der Heinrich Böll Stiftung

In der Phase der Fusion der drei Einzelstiftungen Mitte der 90er Jahre hat sich die Stiftung dazu entschieden, einerseits eine „*Stabsstelle Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie*“ zu etablieren und andererseits ein kleines „*Feministisches Institut*“ zu gründen. Sie waren bis dato die Orte, an denen Geschlechterpolitik bzw. feministische Politik „garantiert“ bearbeitet wurden. Gleichzeitig wurden alle Fachabteilungen und „Dienstleister“ aufgefordert, das Leitbild Geschlechterdemokratie als Gemeinschaftsaufgabe im jeweiligen Aufgaben- und Verantwortungsbereich umzusetzen. Dies ist auf vielfältige Art und Weise und mit unterschiedlicher Intensität durch entsprechende Beratungs- und Bildungsangebote (u.a durch Gender-Trainings, Handreichungen und Leitfäden) geschehen.

Wie sich die beiden feministischen und geschlechterdemokratischen Politikansätze zueinander verhalten, in welchem Wechselverhältnis sie stehen, wurde allerdings nie diskutiert. Beide Ansätze wurden lediglich als parallele Diskurse beschrieben.

Mit der Zusammenlegung beider Einheiten im neuen *Gunda Werner Institut* möchten wir dokumentieren, dass sich beide Ansätze produktiv ergänzen und gleichzeitig ihren besonderen Stellenwert haben.

Mit der Gründung des „Feministischen Instituts“ als eigener organisatorischer Einheit (verankert in der Satzung) hat die fusionierte Heinrich Böll Stiftung sich explizit zu den feministischen Wurzeln der Grünen Bewegung bekannt. Feministische politische Theorie und Praxis nimmt die Ursachen der Unterschiede zwischen „männlich“ und „weiblich“ bei der Verteilung von Macht, sozialem und rechtlichem Status und der Verfügbarkeit von ökonomischen Ressourcen konsequent ins Visier. Obgleich es keine einheitliche feministische Theorie, noch unumstrittene feministische Politikkonzepte, Ziele und Strategien gibt, beziehen sich alle Feminismen auf eine radikale Kritik gesellschaftlich hergestellter Strukturen und Normen.

Feminismus ist in diesem Sinne parteiisch. Er ergreift, bei allen Differenzierungen und Brüchen, Partei für Frauen, artikuliert weibliche Interessen und fordert die Berücksichtigung einer feministischen Perspektive ein.

Ein utopisches Ziel von Feminismus ist und bleibt die radikale Transformation hierarchischer Geschlechterverhältnisse. Dieses Ziel hat sich angesichts des vorherrschenden Prinzips hegemonialer Männlichkeit aus Sicht der Heinrich Böll Stiftung keineswegs historisch erledigt.

Hegemoniale Männlichkeit bezeichnet nicht nur die Unterordnung der Frau durch den Mann, sondern auch Dominanzverhältnisse unter Männern. Dazu gehört auch die systematische Abwertung von Homosexualität und vermeintlich weiblichen Verhaltensformen.

Die Analyse von Geschlechterverhältnissen braucht den genauen Blick auf beide Geschlechter. In diesem Kontext sind – je nach analytischer Ausgangslage – feministische und frauenspezifische sowie reflexive männerpolitische und nicht-heterozentristische Perspektiven und Praxiszugänge stark zu machen und zu fördern.

Damit unterstreicht die Heinrich Böll Stiftung, dass es sehr verschiedene strategische Zugänge geben kann, das Ziel Geschlechterdemokratie zu erreichen. Feministische Analysen und Praxen sind für die Stiftung allerdings ein sehr zentrales Element, politische Impulse zu setzen, Diskurse anzustoßen und Veränderungsdruck zu erzeugen. Feministische Analysen und Strategien in radikaler Absicht, aber auch Maßnahmen der speziellen Frauenförderung und – vernetzung - des Empowerments von Frauen – werden ihren herausragenden Stellenwert und eine entsprechende Ressourcenausstattung in der Heinrich Böll Stiftung behalten.

C. Das Gunda Werner Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie

Bislang war feministische und Geschlechterpolitik in zwei getrennten Einheiten – in der „Stabsstelle Geschlechterdemokratie“ und im „Feministischen Institut“ beheimatet. Mit der Zusammenlegung beider Einheiten zum „Gunda Werner Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie“ (GWI) dokumentieren wir nach innen und außen das produktive Miteinander feministischer und geschlechterdemokratischer Ansätze bei der politischen Bearbeitung von Geschlechterverhältnissen und –hierarchien. Es geht nicht um ein Entweder-Oder, sondern um **komplementäre** Strategien, die möglichst auf einer Geschlechteranalyse basieren sollten. In einem gemeinsamen Institut sind die Voraussetzungen für die produktive und konstruktive Bearbeitung verschiedener und ein manches Mal auch widersprüchlicher Perspektiven besser verankert. Hier können wir unsere Kräfte bündeln und gleichzeitig von den aufgebauten politischen Profilen und Netzwerken aus den vergangenen Jahren gegenseitig profitieren.

Das „Gunda Werner Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie“ wird allerdings nur ausgewählte geschlechterpolitische Fragestellungen und Handlungsfelder bearbeiten können. Dafür wird es mit besonderen personellen und finanziellen Ressourcen ausgestattet. **Das GWI ersetzt damit nicht die Gemeinschaftsaufgabe Geschlechterdemokratie.**

Im Sinne des Leitbilds ist es Ziel des Instituts, die gesellschaftliche Emanzipation und Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft zu unterstützen und zu befördern.

Im Einzelnen will das GWI:

- Machtstrategien, Kommunikationsformen und Handlungskonzepte in Politik und Gesellschaft aus Gender-Perspektive analysieren und diskriminierenden sowie ausschließenden Tendenzen entgegen steuern,
- neue geschlechterdemokratische und feministische Perspektiven in Politik und Gesellschaft einbringen und fördern sowie die gesellschaftliche Debatte dazu anregen,
- einen Austausch zwischen feministischen, frauen- und männerpolitischen, geschlechterdemokratischen Wissenschaftsansätzen und Forschungsperspektiven sowie neuen Ansätzen emanzipativer Frauen- wie Männerarbeit unterstützen und vorantreiben,

- die politische Partizipation von Frauen generell und von gender-kompetenten Menschen im Besonderen fördern,
- zur Geschlechtersensibilität und –kompetenz von Frauen und Männern aktiv beisteuern, auch und besonders bei Menschen in Entscheidungs- und Führungspositionen,
- vielfältige (Weiter)Bildungs- und Beratungsangebote entwickeln und extern wie hausintern bereit stellen,
- konzeptionell neue Wege der Kommunikation und Bildung von und für Frauen national und im globalen Kontext suchen, fördern und ausbauen,
- Angebote entwickeln, die Männer für Geschlechterpolitik gewinnen, ihre Sichtweisen aufgreifen und sie als Akteure einbinden,
- Raum schaffen für die Entwicklung von Gesellschaftsentwürfen, bei denen hierarchie-freies Zusammenleben der Geschlechter im Mittelpunkt steht,
- zum Auf- und Ausbau nationaler und internationaler Frauen- und Männernetzwerke sowie geschlechterdemokratischer und feministischer Aktivitäten beitragen,
- feministischen und gender-bewußten Nachwuchs in den Bereichen Wissenschaft und Politik - und damit Wissensproduktion – fördern,
- aktiv gegen die Diskriminierung von Lesben, Schwulen und Transgender angehen und das Todschweigen von homosexuellen Lebensformen beenden.

Das Arbeitsprofil des GWI:

Die Schwerpunkte des GWI werden in einem mittelfristig angelegten Arbeitsprofil festgehalten und in die Planungsrunden der In- und Auslandsarbeit eingebracht.

Folgende thematischen Schwerpunkte sind derzeit identifiziert:

- *eigenständige Existenzsicherung* als Schlüssel bzw. Grundvoraussetzung für die Gestaltung gerechter und gleichberechtigter Geschlechterverhältnisse,
- *Geschlechterpolitiken in Europa* im Sinne eines transnationalen Erfahrungsaustausches zu Ansätzen emanzipativer und transformatorischer Politikkonzepte, der einerseits Impulse für den bundesdeutschen Kontext geben soll, andererseits nach neuen Handlungsoptionen und Strategien mit Blick auf die Politik der EU sucht sowie in Verbindung zum EU-Projekt „Fit für Gender Mainstreaming – Geschlechtersensibel Grenzen zwischen Ost und West überschreiten“ steht,
- Fortsetzung der *friedens- und sicherheitspolitischen Aktivitäten aus feministischer und gender-orientierter Perspektive* mit besonderem Fokus auf die weltweite Umsetzung der UN-Resolution 1325 sowie
- (zielgruppenspezifische) *Denk- und Reflexionsräume gewährleisten und erweitern*, wie Ladies Lunch, Forum Männer oder internationale Dialogprozesse, um über Perspektiven feministischer und geschlechterdemokratischer Politiken zu diskutieren.

D. Geschlechterpolitik als Gemeinschaftsaufgabe

Gemeinschaftsaufgaben und Querschnittspolitiken sind für alle Organisationen - auch für die Heinrich Böll Stiftung - eine große Herausforderung. Sie verlangt eine grundsätzlich andere Herangehensweise als die in der gängigen politischen und institutionellen Praxis übliche. Ge-

schlechterdemokratie als Querschnitts- bzw. Gemeinschaftsaufgabe setzt **Genderkompetenz**, also das Wissen über die Bedeutung von Geschlechterverhältnissen und –wirkungen in den verschiedensten Politikfeldern, voraus. Die Kategorie „Geschlecht“ ist ein (wenn auch nicht das einzige) Kriterium bei der Analyse und der Lösung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Probleme. Die Genderkompetenz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist deshalb eine Schlüsselqualifikation, die sich u.a. im Leitbild der Personalpolitik wieder findet.

Die Vielfalt der Geschlechter in allen Lebenslagen und -phasen und in ihren Erfahrungsschätzen (Diversität) wird ernst genommen und bildet die Grundlage aller Überlegungen. Zielvorgaben erschöpfen sich nicht in der Herstellung eines ausgewogenen *quantitativen* Verhältnisses der Geschlechter.

Geschlechterpolitik hat Konsequenzen für alle gesellschaftlichen Felder: für die Gestaltung von Arbeit und Wirtschaft, von Lebensweisen und Familie, von sozialer Sicherung und Besteuerung, von Bildung und Wissenschaft, von Forschung und Technologie. Hier wollen wir die programmatischen Diskussionen um Zielsetzungen, Rollen und Handlungsfelder vorantreiben. Dabei geht es auch um Formen der Zusammenarbeit zwischen dem neuen Gunda Werner Institut, der Inlandsabteilung und dem Studienwerk. Notwendig ist eine Repolitisierung der Geschlechterfrage in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Repolitisierung wird aber nur gelingen, wenn wir die Geschlechterfrage unter veränderten Bedingungen neu formulieren, Entwicklungen analysieren, neue Problemfelder aufzeigen und neue Lösungsansätze suchen – national wie international.

In der In- und Auslandsarbeit, in der Studienförderung oder in der Öffentlichkeitsarbeit geht es also beständig darum, den Anspruch an Geschlechterpolitik als Querschnittsaufgabe einzulösen. Regelmäßige Bestandaufnahmen und Evaluierungen sind eine Grundvoraussetzung dafür, Lernerfahrungen auszuwerten und für die politische Bildungsarbeit der Stiftung fruchtbar zu machen. Neben den politischen Herausforderungen stellen sich praktische und methodische Fragen: Wie viel analytischer Aufwand muss betrieben werden? Welche Ressourcen setze ich dafür ein?

.... und in der Organisationsentwicklung

Die Heinrich Böll Stiftung ist für andere Organisationen Vorbild bei der Umsetzung von Geschlechterdemokratie bzw. *Gender Mainstreaming*. Sie wird deshalb vielfach um Unterstützung und Beratung gebeten. Die Stiftung hat eine Fülle von Handlungsorientierungen und Handwerkszeug erarbeitet (Module, Anleitungen für Gender Trainings, Leitfäden usw.) und erprobt. Unter dem Dach der Weiterbildungsakademie **Green Campus** wird dieses Beratungsangebot in Zukunft fortgeführt und gender-orientierte Bildungsangebote weiter entwickelt. Dazu gehören z. B. die Genderkompetenz-Module im Bereich Politikmanagement sowie die Beratung von Organisationen und Verbänden bei der Einführung und Umsetzung von *Gender Mainstreaming*. Auch für die Organisationsentwicklung gilt: gender-spezifisch aufbereitete Daten und Statistiken (Personalstatistik, Budgets usw.) sowie klare Vorgaben durch die Leitungen sind eine unabdingbare Voraussetzung. Die von der Geschäftsführung koordinierte Steuerungsgruppe Geschlechterdemokratie/Diversity unterstützt den Prozess der Integration von Gender- und Diversityperspektiven in der Bildungsarbeit, der Personal- und Organisationsentwicklung, der Beratung der Leitungen sowie der Evaluation und Konzeption von Fort- und Weiterbildungsangeboten für die MitarbeiterInnen.

Berlin, Oktober 2007